

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Sitzung der Zehner-Kommission.

Budapest, 10. März.

Nach langer Pause hielt die Zehner-Kommission heute nachmittags wieder einmal eine öffentliche Sitzung. Es wurden mehrere wichtige Approvisionnementfragen besprochen und einige Beschlüsse gefasst, von denen der auf die Erhöhung der Milchpreise bezügliche Beschluß besonders hervorzuheben ist. Das interessanteste Ereignis der Sitzung war aber der Austritt Dr. Wilhelm Bázsonyi aus der Kommission, den er in einer längeren Rede begründete.

Die Beratung, die Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy leitete, nahm folgenden Verlauf:

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy sprach zunächst über die der Hauptstadt zur Verfügung stehenden Getreide- und Mehlvorräte. Er teilte sodann mit, daß die Hauptstadt von der Regierung ermächtigt worden sei, auch die Frage des Heilbrotes zu regeln.

Erhöhung der Milchpreise.

Um die Milchproduzenten zur Steigerung der Milchproduktion anzuweisen und um andererseits zu verhüten, daß die Milchzufuhr sich verringere, wurde bekanntlich beschlossen, die Milchpreise zu erhöhen. Die Preise der Milch werden im allgemeinen um 8 Heller pro Liter erhöht; den größeren Teil dieses Betrages erhalten die Produzenten, den Rest die Milchhändler. Die Milchfrage referierte Obernotär Konstantin Szantovics. Die Approvisionnementsektion proponiert, daß der minimale Produktionspreis mit 38 Hellern festgesetzt werde; in diesem Betrag sind die Transportgebühren und die Pflastermaut inbegriffen, nach deren Abzug den Produzenten 35 bis 35½ Heller bleiben. Die Milchpreise werden wie folgt festgesetzt: Kannenmilch, ein groß, in geschlossenen Gefäß 44 h (bisher 36 h), im Detailhandel, in offenem Gefäß 48 h (40 h), Flaschenmilch, ein groß, 50 h (41 h), im Kleinvertrieb 54 h (bisher 44 h). Preis der von den Kaffeehäusern und Kaffeeschenken „über die Straße“ verkauften gekochten Milch 50 h, Preis der abgerahmten Milch, ein groß 26 h, im Kleinvertrieb 30 h, der pasteurisierten Milch 58 h (bisher 48 h), der Heilmilch 74 h (bisher 70 h). Die beiden letzteren Milcharten werden bloß von zwei Unternehmungen erzeugt, die höchstens 8 Prozent ihrer Milch dazu verwenden dürfen.

Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy bemerkte, daß die Erhöhung der Milchpreise wohl bebauerlich, jedoch unerlässlich sei. Vielleicht werde sich später die Notwendigkeit einer noch größeren Steigerung der Preise ergeben. Man müsse den Produzenten eine Steigerung ihrer Produktion ermöglichen, was nur durch Gewährung höherer Preise erreicht werden könne.

Dr. Samuel Glucksthal führt den Milchmangel hauptsächlich darauf zurück, daß immer mehr Kühe geschlachtet werden. Dies müßte die Regierung mit allen Kräften verhindern. Viele Landwirte seien gezwungen, ihre Kühe zu verkaufen, weil sie sich nicht das nötige Futter verschaffen könnten.

Dr. Josef Stern bewilligt die Erhöhung der Milchpreise nur unter der Bedingung, daß durch diese Maßregel eine stärkere Milchzufuhr ermöglicht wird. Redner spricht sich gegen die Erhöhung der Preise der Heilmilch aus und wünscht, daß der Milchkonsum der Kaffeehäuser eingeschränkt werde.

Dr. Emerich Németh fordert, daß der Verkauf von Heilmilch überhaupt verboten werde. Nur eine einzige Milchqualität soll verkauft werden dürfen.

Ministerialrat Johann Serbán reflektierte auf die Bemerkungen Dr. Samuel Glucksthal und bemerkte, der Ackerbauminister habe schon vor einem Jahre das Schlachten trächtiger Kühe verboten. Leider lasse sich dies nur schwer kontrollieren. Was die Milchfrage betrifft, äußert der Redner den Wunsch, daß die Erzeugung von Heilmilch nicht ganz untersagt werde, da man ja für Säuglinge oft solcher Milch bedarf. Auch die Erzeugung von pasteurisierter Milch dürfe nicht zu sehr eingeschränkt werden, denn durch die Pasteurisierung wird im Sommer, wenn vielleicht ein Eismangel herrschen sollte, ein großer Teil der Milch erhalten werden.

Gustav G. Ehrlich bedauert, daß die Milchpreise nicht schon vor zwei Monaten erhöht wurden, wie er es beantragt habe. In diesem Falle hätten sich die Verhältnisse nicht so verschlimmert.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy reflektiert auf die Ausführungen der einzelnen Redner. Was die Heilmilch betrifft, hat er nichts dagegen, daß der Prozentsatz, der für die Erzeugung solcher Milch festgesetzt wurde, von 8 auf 6% reduziert werde. Er ist ferner geneigt, auch von der Erhöhung des Preises der Heilmilch Abstand zu nehmen. Den Antrag auf Restringierung des Milchkonsums der Kaffeehäuser begrüßt er mit größter Genugtuung; in dieser Frage wird er in der nächsten Sitzung konkrete Vorschläge unterbreiten.

Die Kommission nahm die Unterbreitung der Sektion zur Kenntnis.

Schweinefleisch und Fett.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy teilte mit, daß am 15. d. für Schweinefleisch, Fett und Speck neue Höchstpreise ins Leben treten. Die neuen Höchstpreise sind: Fett im Großhandel k 5.50, Scher k 5.10, frischer roher Speck k 4.90; Schweinefleisch: halbes Schwein mit Kopf, Füßen und Speck k 4.80 bis k 5.—, ohne Speck k 4.14 bis k 4.30. Der letztere Preis ist mit dem bisherigen identisch; die interessierten Gewerbetreibenden haben nämlich um die Aufrechterhaltung des jetzigen Preises gebeten. Die Gewerbetreibenden wünschen ferner, die Kommission möge an die Regierung eine Eingabe richten, daß sie, wenn sie schon für die lebenden Schweine keine Höchstpreise festsetzen wolle, die Hauptstadt von dem Zwange der Festsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch befreie.

Johann A. Horváth tritt für die Erfüllung dieses Wunsches ein.

Dr. Samuel Glucksthal betont, daß die Festsetzung der Höchstpreise für Schweinefleisch eine unvollkommene Maßregel sei, die die Kommission jedoch durchführen müsse, weil die Regierung dies wünsche. In erster Reihe hätten die Höchstpreise der lebenden Tiere festgesetzt werden sollen, denn trotz der Höchstpreise für Schweinefleisch und Fett steigen die Preise der Schweine immer höher.

Die Kommission nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Abdankung Dr. Bázsonyi.

Dr. Wilhelm Bázsonyi: Seitdem die Zehnerkommission besteht, war sie stets bestrebt, ihre Pflicht zu erfüllen. Allein je tiefer Redner in die Sachen eindringt, desto

festler wird in ihm die Ueberzeugung, daß die Bemühungen der Kommission vergeblich sind, daß ihre Tätigkeit unfruchtbar bleiben muß. Die Kommission hat gebundene Hände, trotzdem trägt sie allein für die ganze Approvisionnement der Hauptstadt die Verantwortung; sie erweckt in dem Publikum Hoffnungen, die sie nicht zu erfüllen vermag.

Redner unterzieht nun die Approvisionnementpolitik der Regierung einer abschließenden Kritik. Was hat die Regierung — fragt er — zur Lösung der einzelnen Approvisionnementfragen bisher getan? Welche Verfügungen hat sie in der Milchfrage getroffen? Wie hat sie die Futterfrage gelöst, was hat sie zur Hebung der Milchproduktion getan? Gar nichts! Sie hat alles unterlassen, was geeignet gewesen wäre, die Verhältnisse zu bessern. Sie hat weder die Erzeugung der Butter eingeschränkt, noch die Höchstpreise für dieses Lebensmittel festgesetzt. In der Milchfrage hat sich die Regierung darauf beschränkt, uns den väterlichen Rat zu erteilen, daß wir die Milchpreise erhöhen, um dadurch die Milchproduzenten zur Steigerung der Milchproduktion anzueisern. Das haben wir nun getan, obgleich wir alle überzeugt sind, daß es nichts helfen wird.

Die Getreide- und Mehlfrage wurde noch irgendwie gelöst. Im Verlaufe der Lebensmitteldebatte im Abgeordnetenhaus ist Redner zu der Ueberzeugung gelangt, es herrsche in den maßgebenden Kreisen darin volle Uebereinstimmung, daß man an diese Fragen nicht rühren dürfe. Auch unter den oppositionellen Abgeordneten fanden sich zwei Redner, die selbst die Teuerung der Hasenpreise als motiviert bezeichnen.

Die Regierung zeigt kein ernstes Bestreben, der Teuerung zu steuern. Sie wagt sich an die Lösung vieler Fragen nicht heran, die in Deutschland in befriedigender Weise gelöst wurden. Redner kritisiert die zur Milderung der Teuerung der Schweinefleisch- und Fettpreise getroffenen Verfügungen der Regierung; während in Deutschland in erster Reihe für die lebenden Schweine Höchstpreise festgesetzt wurden, hat man sich bei uns auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweinefleisch, Fett und Scher beschränkt. Man sagte, diese Höchstpreise würden auch die Preise der lebenden Tiere günstig beeinflussen, die Erfahrung zeigt aber, daß gerade das Gegenteil eingetreten ist. Diese Fragen hätten für das ganze Land und im Einvernehmen mit Oesterreich geregelt, in erster Reihe aber die Höchstpreise für lebende Schweine festgesetzt werden sollen.

Doch all dies ist unterblieben; wie soll nun unter solchen Umständen die Zehnerkommission ihre Aufgabe erfüllen und den an sie gestellten Anforderungen gerecht werden?

Redner hat keine Lust, durch seine Teilnahme an den Sitzungen der Kommission die Unterlassungen der Regierung, ihr planmäßiges Nichtstun, gewissermaßen zu sanktionieren; er will nicht länger dazu beitragen, den Schein zu erhalten, als ob die Kommission etwas zur Verbesserung der Zustände tun könnte. Die Regierung kümmert sich um die Hauptstadt nicht; die Landwirte und auch die Banken verteidigt der Ministerpräsident gegen jeden Angriff, hört dagegen ruhig lächelnd die Behauptung an, daß das Geld der Postsparkasse bei der Hauptstadt schlecht angelegt sei. Redner hat in den Sitzungen der Kommission niemals politisiert, sondern stets nur seine Pflicht erfüllt, doch nunmehr ist er nicht länger geneigt, die bisherige Rolle weiterzuspielen und dazu beizutragen, daß sich die Autonomie der Hauptstadt auf diese Weise abmühe. Er gibt der Regierung den Rat, nach ihrer eigenen Approvisionnementseigenschaft und durch ihre eigenen Organe die Approvisionnement zu leiten.

Vizebürgermeister Dr. Theodor Bödy, der inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, fragt den Redner, was seine Worte zu bedeuten haben.

Dr. Wilhelm Bázsonyi: Ich wollte vor der Öffentlichkeit meine Abdankung von der Stelle eines Mitgliedes der Zehner-Kommission begründen.

Dr. Samuel Glucksthal begreift wohl die Erbitterung Dr. Bázsonyi, doch wolle er sich ihm nicht anschließen, denn er halte es für seine Pflicht, bis zum letzten Augenblick auf seinem Posten auszuharren. Mit ruhigem Gewissen kann Redner behaupten, daß wenn die Bewohner der Hauptstadt bisher keinen Mangel gelitten haben, dies zum großen Teile dem Wirken der Zehner-Kommission zu verdanken sei. Erfüllt die Regierung nicht ihre Pflicht, so muß wenigstens die Kommission ihre Pflicht erfüllen. Redner bittet Dr. Bázsonyi, seine Absicht aufzugeben.

Gustav G. Ehrlich teilt vollkommen den Standpunkt Dr. Glucksthal's. Die Kommission muß unverdrossen ihre Tätigkeit fortsetzen.

Magistratsrat Ludwig v. Follusházy teilte sodann noch mit, daß von den kommunalen Reis- und Bohnenvorräten bisher 3278, beziehungsweise 921 Meierzentner verkauft wurden.

Die Kommission nahm diese Mitteilung zur Kenntnis, worauf die Sitzung geschlossen wurde.